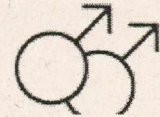


## Nein zum Partnerschaftsgesetz



[Home](#)



[Argumente](#)



[Komitee](#)



[Medientexte](#)



[Downloads](#)



[Kontakt](#)



[Links](#)

### Argumente gegen das Partnerschaftsgesetz

Der neue Zivilstand "eingetragene Partnerschaft" ist nicht nötig...



**... weil er die Familie gesellschaftspolitisch schwächt!**

Die Familie ist die Urzelle der Gesellschaft. Darum ist es wichtig, die Familie zu fördern und zu stärken. Ein neuer Zivilstand für Schwule und Lesben bringt die Gesellschaft nicht voran.



**... weil er zu neuen Ungleichheiten führt!**

Die eingetragene Partnerschaft bringt nicht die forcierte "rechtliche Gleichstellung", sondern schafft neue Ungleichheiten, beispielsweise gegenüber anderen Formen von Lebensgemeinschaften. Diese würden im Vergleich zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften rechtlich und finanziell benachteiligt.



**... weil der Aufwand unverhältnismässig ist!**

Nur wenige Paare dürften vom neuen Rechtsstatus profitieren. In Deutschland zum Beispiel haben in den ersten drei Jahren ca. 8000 Paare (0.6% der Homosexuellen oder 0.02% der Bevölkerung über 18; Schätzungen aufgrund der aktuellen Zahlen) dieses Gesetz in Anspruch genommen. Auf die Schweiz umgerechnet, entspricht das ca. 700 Paaren in den ersten drei Jahren. Erfahrungsgemäss wird das Interesse anschliessend noch kleiner. Deshalb erscheint der Aufwand für die Anpassung von gegen 100 gesetzlichen Erlassen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene als völlig unverhältnismässig!



**... weil die bestehenden Möglichkeiten ausreichen!**

Die Gesellschaft toleriert, dass Menschen, die zur Gleichgeschlechtlichkeit neigen, zusammen leben. Auch ihnen gebührt Achtung und Respekt. Homosexuelle Menschen geniessen den vollen Schutz der Bundesverfassung. Deshalb braucht es keinen neuen Zivilstand. Die gegenseitigen Beziehungen (z. B. gegenseitiger Beistand, Vertretungsbefugnisse, Erbrecht) können bereits im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung frei und hinreichend vereinbart werden.



**... weil er die Sozialversicherungen, Gerichte und Finanzen belastet!**

Die homosexuelle Lebensweise beinhaltet ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Es darf nicht sein, dass der Staat ein solches Risikoverhalten zur zivilrechtlichen Norm erklärt. Der Vollzug des Partnerschaftsgesetzes mit einem neuen Zivilstand würde Bund, Kantone und Gemeinden unnötig belasten.



### **... weil er kein positives Signal setzt!**

---

Das Partnerschaftsgesetz will die gleichgeschlechtlichen Beziehungen rechtlich anerkennen und für sie einen ähnlichen Status wie Ehe und Familie schaffen. Das ist ein falsches Signal. Parlamentsmitglieder und Interessenverbände fordern bereits heute für homosexuelle Paare das Recht zur Kinderadoption und zur künstlichen Befruchtung. Wir wollen diese "Salamitaktik" nicht. Kinder sind für den Staat von existenzieller Bedeutung. Deshalb genießt die auf Kinder hin angelegte Ehe zwischen Mann und Frau zu Recht den speziellen Schutz der Verfassung. Und das ist gut so!

### **Deshalb Nein zur eingetragenen Partnerschaft!**

Weitere Argumentationspapiere und Dokumente finden Sie [hier!](#)

admin